

Niederschrift

über die Sitzung des Integrationsrates am Donnerstag, 09.08.2007, 17.30 Uhr, in Raum 7 des Rathauses, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler

Anwesend waren:

Demokratik Türk Birliği:

Mitglieder:

Ilker Zaman, Serap Cifci, Taylan Zaman, Ilhan Koc,
Zerrin Cengiz

SPD:

Mitglieder:

Anikó Ecker, Ioannis Argiriou, Carlos da Mota, Samira Louadj

Einzelbewerber:

Abdeslam El Bourakkadi

Ratsmitglieder:

SPD:

Stefan Löhmann, Agnes Zollorsch

CDU:

Othmar Krauthausen

UWG:

Erich Spies

FDP:

Hans-Jürgen Krieger

GRÜNE:

Franz-Dieter Pieta

Schritfführerin:

Zeliha Basol

Verwaltungsmitarbeiter:

Jürgen Rombach

Gäste:

PHK Hanns-Jürgen Kreutz
Malgorzata Müller (VHS)

Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

- A 1) Genehmigung einer Niederschrift
- A 2) Bestellung von Schritfführern
- A 3) Aktualisierung der Geschäftsordnung

- A 4) Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung, Art. 1 Gewaltschutzgesetz (GewSchG)
- A 5) VHS-Programm für das Herbstsemester 2007;
hier: Fachbereich 6 / Deutsche als Fremdsprache, Integrationskurse
- A 6) Soziale Stadt Eschweiler-Ost;
hier: Umgestaltung Umfeld Bürgerbegegnungsstätte
- A 7) Soziale Stadt Eschweiler-Ost;
hier: Umgestaltung Schulhof Eduard-Mörke-Schule
- A 8) Anfragen und Mitteilungen
 - A 8.1) Projekte und Aktionen im Rahmen der Mobilen Jugendarbeit

B) Nichtöffentlicher Teil

- B 1) Anfragen und Mitteilungen
 - B 1.1) Sachstand Folklorefest 2007

A) Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Ilker Zaman, eröffnete die Sitzung des Integrationsrates um 17.30 Uhr. Er begrüßte die anwesenden Integrationsratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie den Polizeihauptkommissar Herrn Hanns-Jürgen Kreuzt.

Er stellte fest, dass die Einladung nebst Tagesordnung frist- und formgerecht zugestellt wurde. Des Weiteren stellte er fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben sei, da mehr als die Hälfte der Mitglieder des Integrationsrates anwesend waren.

- A 1) Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift vom 26.04.2007 wurde einstimmig genehmigt.

- A 2) Bestellung von Schriftführern

Der Integrationsrat fasste folgenden Beschluss:

Frau Beatrix Hermes wird zur Schriftführerin für die Sitzungen des Integrationsrates bestellt.

Der zuständige Fachdezernent wird ermächtigt festzusetzen, welcher Schriftführer jeweils zu amtieren hat.

A 3) Aktualisierung der Geschäftsordnung

Herr Pieta merkte an, dass in § 18 Absatz 6 das Wort Ausländerbeirat durch das Wort Integrationsrat ersetzt werden solle.

Auf die Frage des RM Herrn Krieger, weshalb die Aktualisierung der Geschäftsordnung beantragt worden ist, antwortete Herr Löhmann, dass nach der neuen Geschäftsordnung der Vorsitzende bei der Aufstellung der Tagesordnung auch Vorschläge aufzunehmen habe, die ihm schriftlich von nur einem Integrationsratsmitglied vorgelegt werden.

Der Integrationsbeauftragte Herr Rombach machte darauf aufmerksam, dass nach der alten Geschäftsordnung, Vorschläge oder Änderungen für die Tagesordnung von mindestens einem Drittel der Integrationsratsmitglieder benannt werden mussten (§ 3 Aufstellung der Tagesordnung).

Herr Pieta bat darum, dass die verzögerte Zusendung von Verwaltungsvorlagen bei der Zusendung begründet werden solle (§ 4 Vorlagen).

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergaben, beschloss der Integrationsrat einstimmig die aktualisierte Geschäftsordnung.

A 4) Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung, Art. 1 Gewaltschutzgesetz (GewSchG)

Der Polizeihauptkommissar Hanns-Jürgen Kreutz begrüßte zuerst die Mitglieder des Integrationsrates und entschuldigte seine Kollegin Frau Korbeslühr vom kriminalpolizeilichen Opferschutz, die aus gesundheitlichen Gründen an der Sitzung nicht teilnehmen konnte. Frau Korbeslühr sei bereit einen Vortrag zum Gewaltschutzgesetz in einer der nächsten Sitzungen zu halten.

Des Weiteren berichtete Herr Kreutz über seine Funktion und Tätigkeiten bei der Polizei.

Nachdem Frau Ecker nach den neuen Öffnungszeiten der Polizeiwache Eschweiler fragte, teilte Herr Kreutz mit, dass die Wache für normalen Publikumsverkehr

montags bis freitags	von 10.00 – 12.00 Uhr
und	von 16.00 – 18.00 Uhr
samstags	von 10.00 – 12.00 Uhr

geöffnet sei.

Ansonsten wird für den Bezirksdienst und Kriminalpolizei um Terminabsprachen gebeten.

Die polizeiliche Erreichbarkeit bleibt durch die Rufumleitung zur Polizeiwache Stolberg, bzw. zum Com-Center im PP Aachen, außerhalb der Öffnungszeiten der Polizeiwache, gegeben.

Für dringende Angelegenheiten sollte der Notruf 110 gewählt werden.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herrn Kreutz für die informative Auskunft.

- A 5) VHS-Programm für das Herbstsemester 2007;
hier: Fachbereich 6 / Deutsch als Fremdsprache, Integrationskurse

Zum o.a. Tagesordnungspunkt begrüßte Herr Zaman Frau Müller von der VHS und gab das Wort an sie weiter.

Anschließend stellte Frau Müller das VHS Programm für das Herbstsemester 2007 vor und machte auf die Wichtigkeit der Integrationskurse aufmerksam.

Anhand eines Hand-outs gab sie Erläuterungen sowie Ergänzungen zu Integrations- und Basissprachkurse. Des Weiteren informierte sie die Mitglieder des Integrationsrates über den Stundenumfang und die Kosten der Integrationskurse. Sie merkte auch an, dass wegen Raumangel die Angebote der VHS nicht ausgeweitet werden können. Die VHS sei bereit mehr anzubieten, falls zusätzliche Räume zur Verfügung gestellt werden.

Von Seiten der Politik wurde einvernehmlich die Arbeit der VHS gelobt; aktive Unterstützung wurde zugesichert.

Herr Rombach schlug vor, dass nach Fertigung der Bürgerbegegnungsstätte, die Räume für die Zwecke der VHS genutzt werden können.

Nach weiterer kurzer Diskussion der Inhalte der Vorlage nahm der Integrationsrat das VHS-Programm für das Herbstsemester 2007 zur Kenntnis.

Zuletzt gab Frau Müller an, dass am 14.09.2007 um 19.00 Uhr ein Sprachenfest im Talbahnhof Eschweiler stattfinden wird und bat die Mitglieder um Teilnahme.

- A 6) Soziale Stadt Eschweiler-Ost;
hier: Umgestaltung Umfeld Bürgerbegegnungsstätte

Der Integrationsrat nahm die Inhalte der Vorlage „Soziale Stadt Eschweiler-Ost; hier: Gestaltung Umfeld Bürgerbegegnungsstätte“ zur Kenntnis.

- A 7) Soziale Stadt Eschweiler-Ost;
hier: Umgestaltung Schulhof Eduard-Mörrike-Schule

Der Integrationsrat nahm die in der Vorlage „Soziale Stadt Eschweiler-Ost; hier: Umgestaltung Schulhof Eduard-Mörrike-Schule“ aufgeführten Informationen zur Kenntnis.

- A 8) Anfragen und Mitteilungen

- A 8.1) Projekte und Aktionen im Rahmen der Mobilen Jugendarbeit

Zum o.a. Tagesordnungspunkt regte Frau Zollorsch an, dass für die nächste „Jugend-Soccer-Nights Eschweiler“ interessierte Mädchen angesprochen werden sollten.

Das Jugendamt erhält eine Durchschrift des Protokolls.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergaben, nahm der Integrationsrat den Bericht über die im Rahmen der Mobilen Jugendarbeit durchgeführten Projekte und Aktionen zur Kenntnis.

A 8.2) Bekanntgabe von Terminen

- Hauptausschusssitzung der LAGA NRW am Samstag, 01. September 2007, 12.00 Uhr, in Aachen, Markt, 52062 Aachen
- Jubiläumsveranstaltung der LAGA NRW am Donnerstag, 06. September 2007, 17.00 Uhr, im Landtag Nordrhein-Westfalen
- Einbürgerungsempfang durch den Bürgermeister der Stadt Eschweiler am Freitag, 16. November 2007, 18.00 Uhr

Genauere Informationen zu den Veranstaltungen können sie den Anlagen entnehmen.

Der Vorsitzende Ilker Zaman und der Integrationsbeauftragte Jürgen Rombach baten die Mitglieder des Integrationsrates um Teilnahme.

Ende öffentlicher Teil: 18.25 Uhr

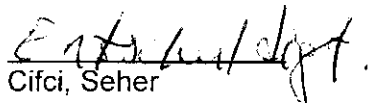
Anwesenheitsliste für die Sitzung des Integrationsrates am Donnerstag, 09.08.2007,
17.30 Uhr, Raum 7, Rathaus

Demokratik Türk Birliği:


Mitglied:


Zaman, Ilker

Koc, Murat


Cifci, Seher

Koc, Ömer



Koc, Ilhan

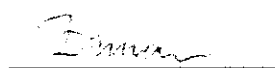
Akçay, Ahmet

Persönliche/r Stellvertreter/in:

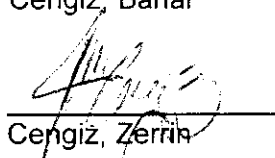
Dogan, Nurettin

Zaman, Pelin


Cifci, Serap

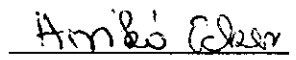

Zaman, Taylan


Cengiz, Bahar

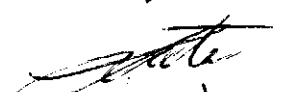

Cengiz, Zerrin

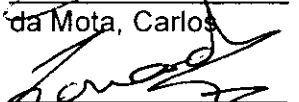
SPD:

Mitglied:


Ecker, Aniko Julianna


Argiriou, Ioannis


da Mota, Carlos


Louadj, Samira

Persönliche/r Stellvertreter/in:

Turhan-Sahintürk, Yasemin

Asara, Mario

Krukiewicz, Bartosch

Einzelbewerber:

El Bourakkadi Soussi, Abdeslam

El Bourakkadi

Ratsmitglieder:**SPD**

Löhmann
RM Löhmann, Stefan

Zollersch
RM Zollersch, Agnes

CDU

Krauthausen
RM Krauthausen, Othmar

UWG

Spies
RM Spies, Erich

FDP

Krieger
RM Krieger, Hans-Jürgen

GRÜNE

Pieta
RM Pieta, Franz-Dieter

Schritfführer (in):

Basol

Verwaltung:

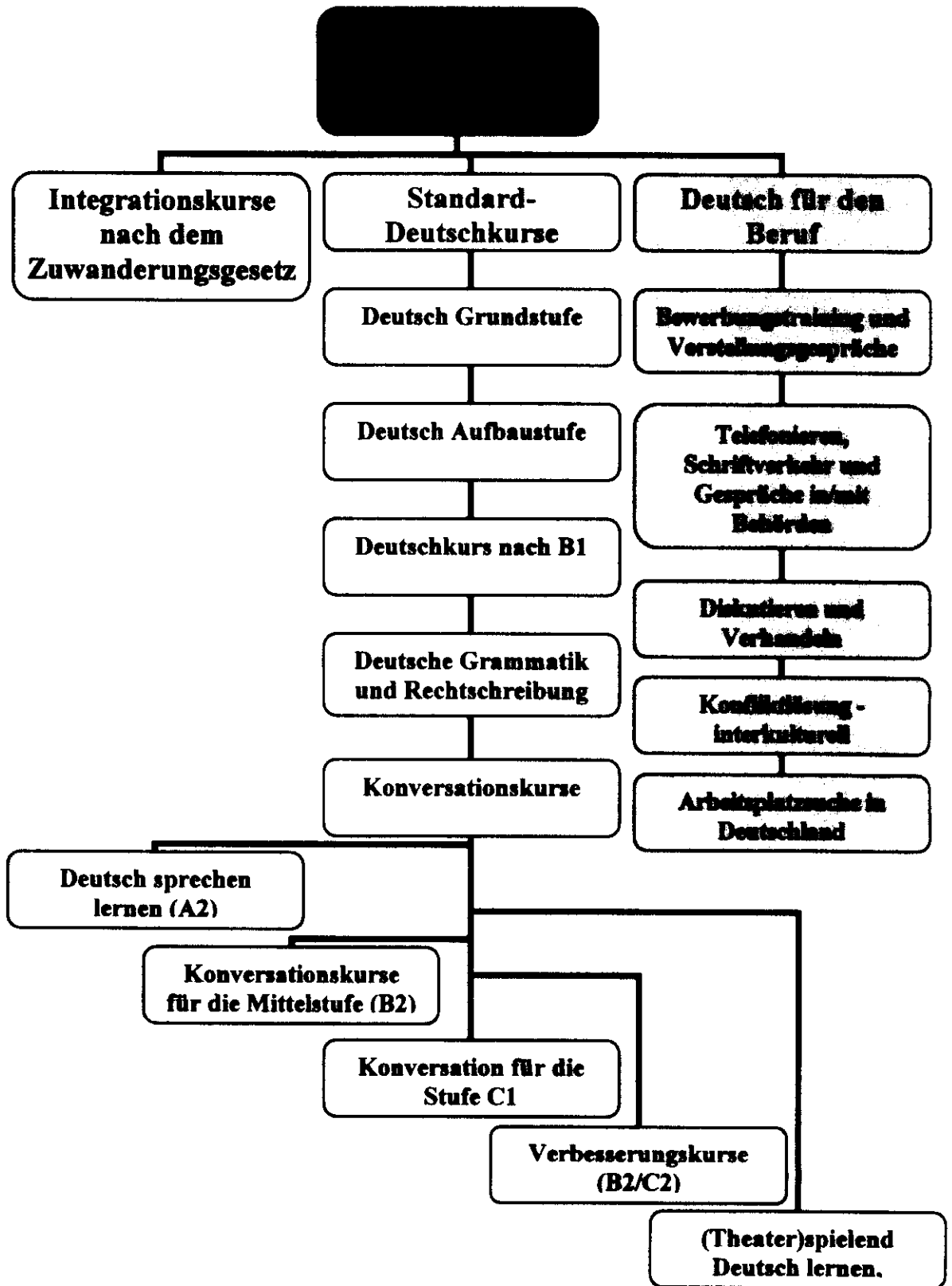
[Signature]

Gäste:

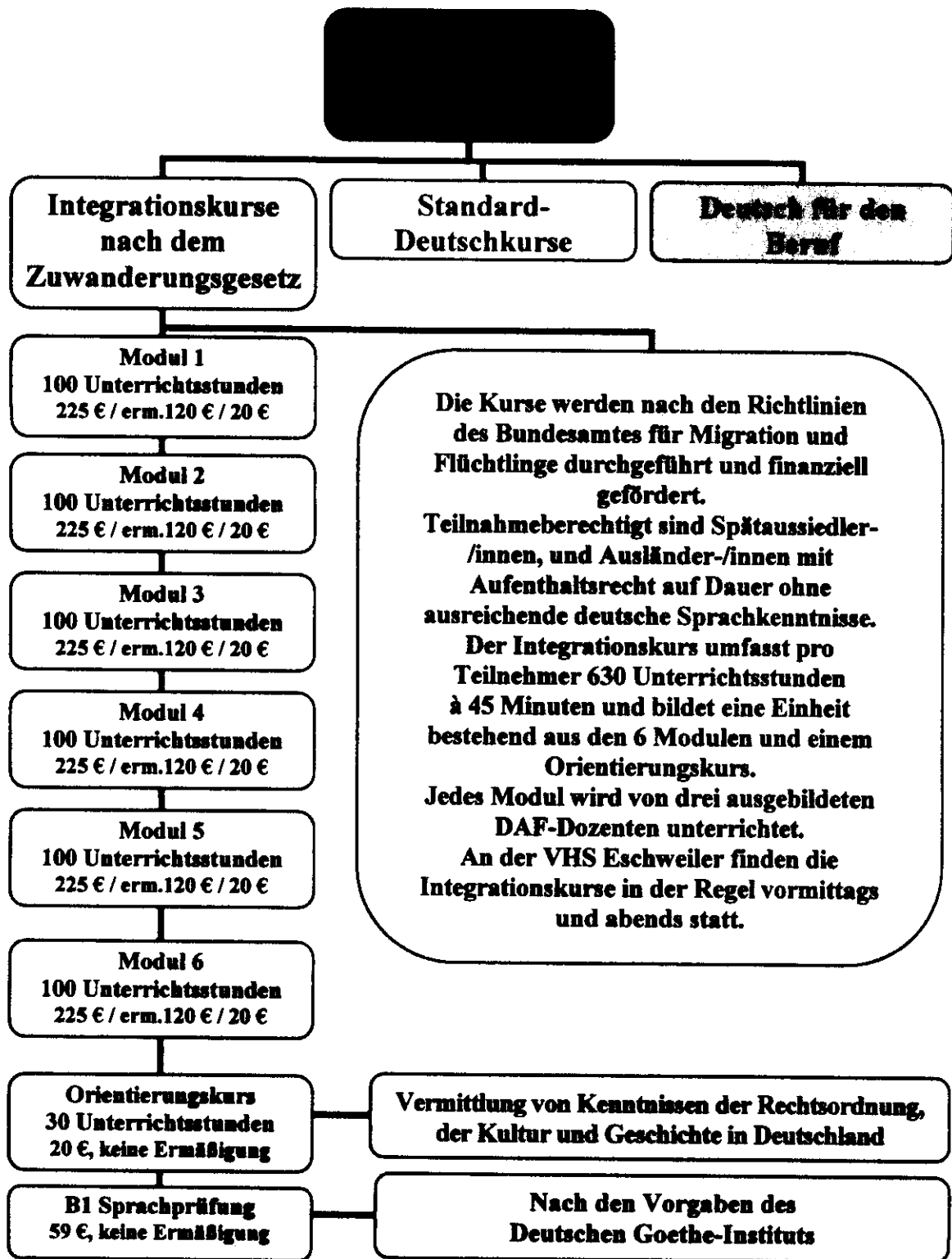
Hausrecht Polizei

[Signature]

DAF-Kursangebot an der VHS Eschweiler



DAF-Kursangebot an der VHS Eschweiler



Geschäftsstellen,
die Delegierte benannt haben

Heimholzstr. 28 - 40715 Düsseldorf
Tel. 0211-99 4150 - Fax 0211-99 41615
info@laga-nrw.de - www.laga-nrw.de

Herr Paszek Ankunft erteilt:

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

06.08.2007

Hauptausschusssitzung der LAGA NRW am 01. September 2007 in Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die nächste Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW findet am

**am Samstag, den 01. September 2007, 12.00 Uhr, in Aachen,
Rathaus
Markt, 52062 Aachen**

statt.

Ich bitte darum, die geänderte Anfangszeit zu beachten!!!

Ein Anfahrtsplan ist beigelegt.

Beim Integrationsrat der Stadt Aachen sowie bei der Stadt Aachen möchte ich mich an dieser Stelle herzlich für die Einladung bedanken.

Nach § 7 der Satzung der LAGA NRW wird die Einladung zu den Hauptausschusssitzungen direkt an die Delegierten übersandt. Die örtlichen Geschäftsstellen erhalten ein Exemplar zur Kenntnisnahme.

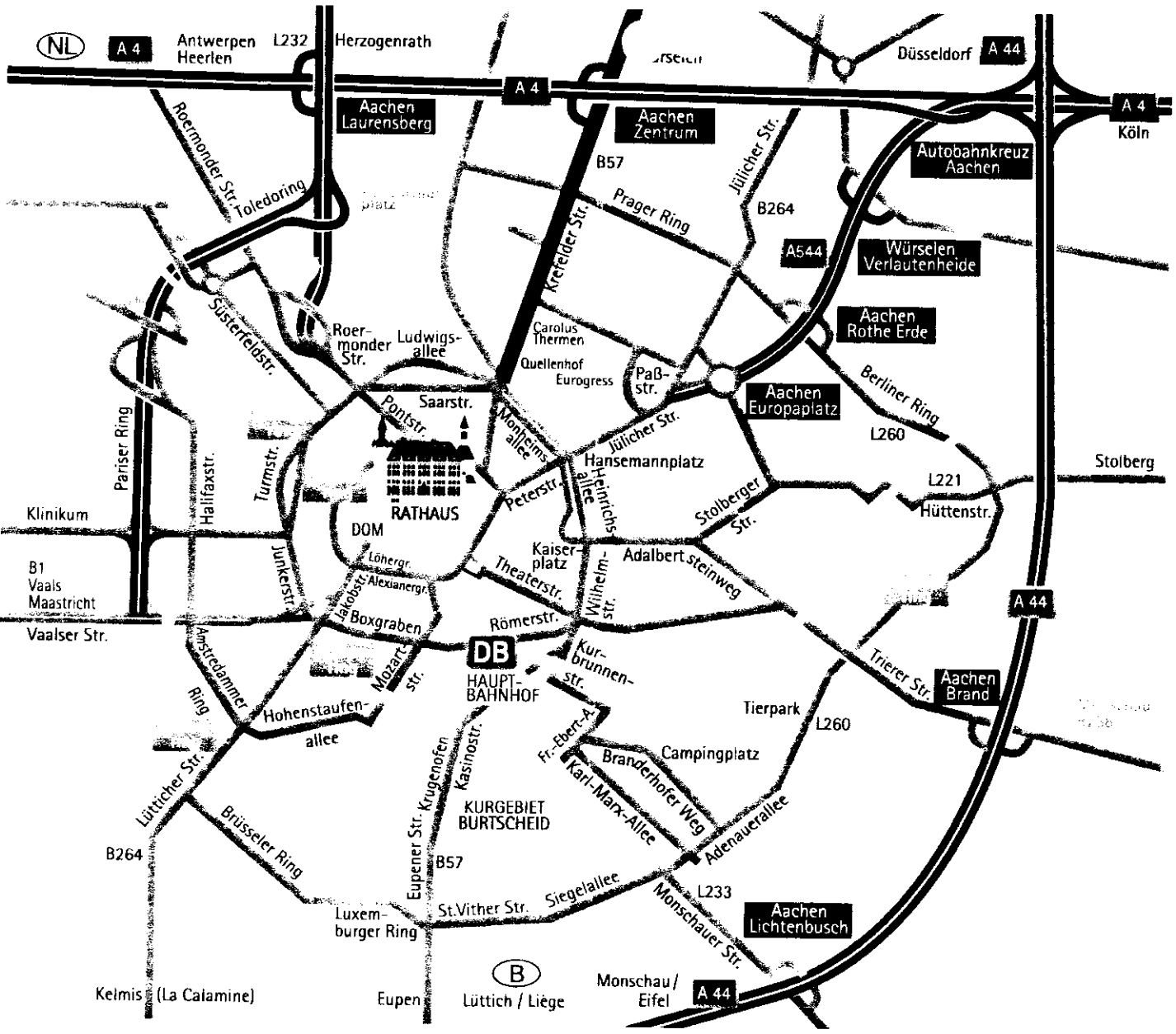
Ich würde mich freuen, einen Vertreter/eine Vertreterin der Geschäftsstelle als Gast in Aachen begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen



Tayfun Keltik
(Vorsitzender)

Anlagen



Anfahrt und
Parkmöglichkeiten

Weitere Informationen zum Aachener Rathaus
und Parkleitsystem finden Sie im Internet unter
www.aachen.de

Für telefonische Anfragen:
Rathauspforte
Tel. 0241/432-7310





Anfahrt und Parkmöglichkeiten

Die vorliegenden Informationen sollen Ihnen die Anfahrt zum Aachener Rathaus erleichtern. Das Rathaus liegt mit dem Dom im Herzen der Aachener Innenstadt. Karl der Große, der Vater Europas, ließ hier seine Lieblingsspalz errichten und legte damit den Grundstein für die bedeutende Historie der heutigen Europastadt Aachen. Im Krönungssaal des Rathauses wurden die Festbankette anlässlich der Königskrönungen gefeiert. Hier wird seit 1950 der Internationale Karlspreis verliehen. Der Krönungssaal ist nach wie vor einer der bedeutendsten Veranstaltungsorte, die Aachen zu bieten hat.

Anreise mit dem Auto

Egal ob Sie über die E 314, die E 40, die A 4 oder die A 44 nach Aachen kommen – von sämtlichen Aachener Autobahn-Ausfahrten aus erreichen Sie das Zentrum in weniger als 15 Minuten. Beachten Sie bitte, dass weite Bereiche der Innenstadt (im Plan dunkelgrau) als Fußgängerzonen für den PKW-Verkehr gesperrt sind.

Parkmöglichkeiten

Das Parkleitsystem informiert Sie bereits an den Einfahrstraßen über die freien Plätze in der Innenstadt.

Parkhäuser in Rathausnähe

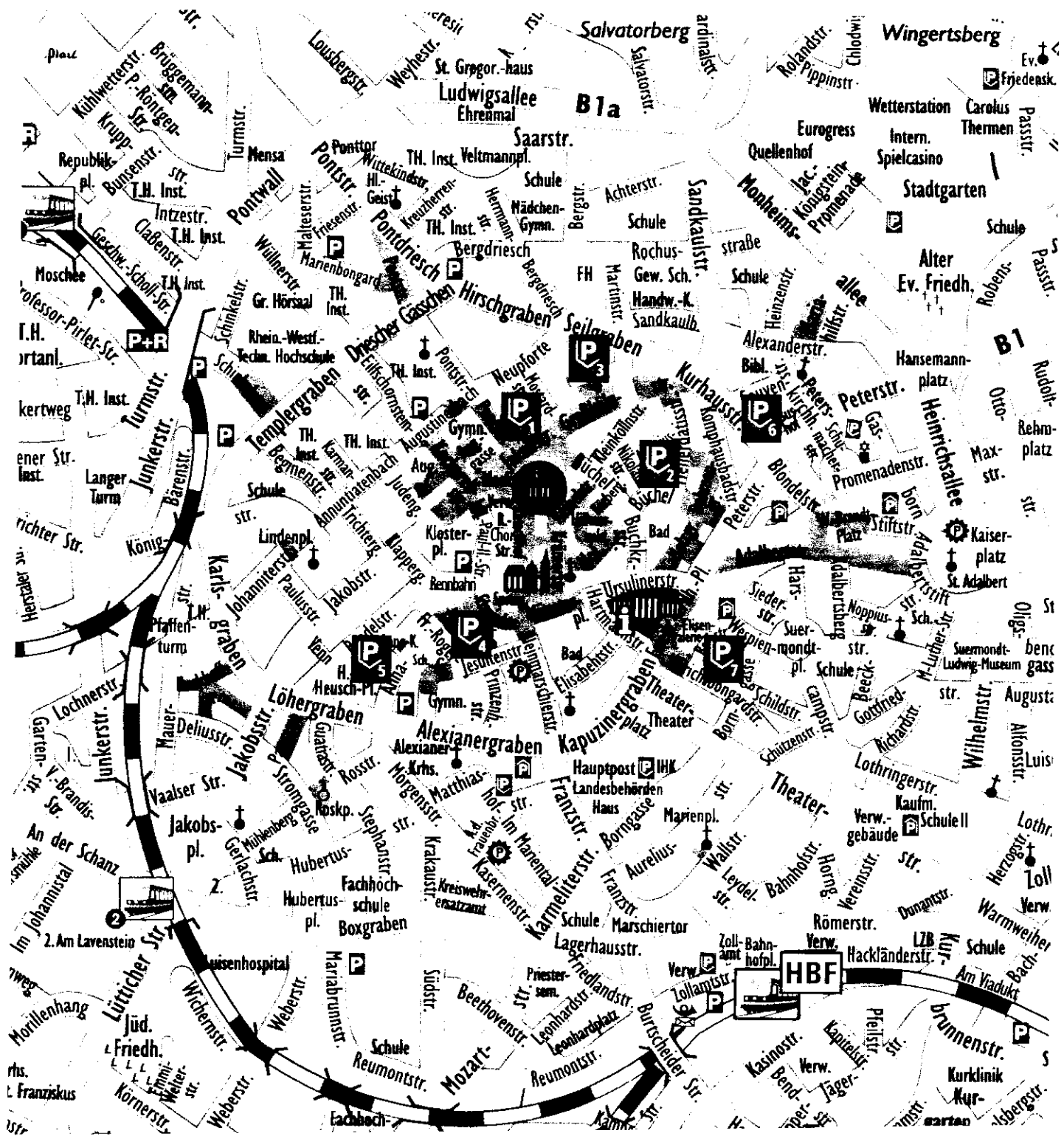
Fußläufige Entfernung zum Rathaus

- | | |
|---|-----------|
| 1 Rathaus (Mostardstraße) | 1 Minute |
| 2 Büchel | 3 Minuten |
| 3 Seilgraben | 3 Minuten |
| 4 Parkhaus am Dom (Jesuitenstraße) | 3 Minuten |
| 5 Annastraße | 5 Minuten |
| 6 Couvenstraße | 5 Minuten |
| 7 Galeria Kaufhof/Saturn (Wirichsbongardstraße) | 7 Minuten |

Für den Markt vor dem Rathaus gilt ein generelles Parkverbot! Taxen haben freie Zufahrt zum Rathaus.

Ankunft mit der Bahn

Aachen ist an das internationale Schienennetz angebunden. Von der Bushaltestelle am Vorplatz des Aachener Hauptbahnhofs fahren regelmäßig alle paar Minuten die Buslinien 11, 14, 21, 44 und SB 63 zum Eisenbrunnen und umgekehrt. Zu Fuß erreichen Sie das Rathaus vom Eisenbrunnen aus in ca. fünf Minuten. Für einen kleinen Fußmarsch vom Hauptbahnhof zum Rathaus benötigen Sie etwa 20 Minuten.



Absender:

Datum:

Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen NRW
Helmholtzstr. 28

40215 Düsseldorf

An der **Hauptausschusssitzung** der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen
Migrantenvertretungen NRW am **01. September 2007 um 12.00 Uhr in Aachen**

nehme ich teil

nimmt als Vertreter/in

Herr/Frau: _____ teil.
Name, Vorname

kann leider kein Vertreter/keine Vertreterin des Integrationsrates/
Ausländerbeirates teilnehmen.

Unterschrift

Ich möchte in den E-Mail Verteiler der LAGA NRW aufgenommen werden.
Meine Adresse lautet:

Tagesordnung

der Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW

**am Samstag, den 01. September 2007, 12.00 Uhr, in Aachen,
Rathaus
Markt, 52062 Aachen**

- TOP 1: Begrüßung durch den Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Herrn Jürgen Linden, und den Vorsitzenden des Integrationsrates der Stadt Aachen, Herrn Muhsin Ceylan
- TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Hauptausschusssitzung vom 02.06.2007 in Siegen
- TOP 3: „Die Situation des muttersprachlichen Unterrichts“
Referat von Herrn Staatssekretär Günter Winands mit anschließender Aussprache
- TOP 4: Initiative „Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten“
- TOP 5: Vorbereitung der Mitgliederversammlung
Dabei: Benennung von Kandidatinnen/Kandidaten für die Vorstandswahlen gemäß § 7 Abs.4 der Satzung
- TOP 6: Berichte der Fachausschüsse und Arbeitskreise
- TOP 7: Mitteilungen des Vorstandes und der Geschäftsstelle
- TOP 8: Anträge
- TOP 9: Berichte aus den Mitgliedsgruppen



Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)

Tagesordnung

der Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW

am 01. September 2007 in Aachen

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Hauptausschusssitzung vom 02.06.2007 in Siegen

Das Protokoll über die Hauptausschusssitzung in Siegen ist beigelegt.

Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantvertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)

Tagesordnung

der Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW

am 01. September 2007 in Aachen

TOP 3: „Die Situation des muttersprachlichen Unterrichts“
Referat von Herrn Staatssekretär Günter Winands mit anschließender
Aussprache

Bei der Mitgliederversammlung im November 2006 hat Frau Ministerin Sommer ein Referat zu dem Thema „Förderung der Schulerfolge von Migrantenkindern“ gehalten.

Da Frau Ministerin einen wichtigen Anschlusstermin wahrnehmen musste, konnte die Diskussion nicht wie gewünscht zum Abschluss gebracht werden.

Insbesondere zum Thema „Die Situation des muttersprachlichen Unterrichts“ blieben Fragen offen.

Es ist deshalb besonders schön, dass Herr Staatssekretär Winands bereit ist, über den aktuellen Stand in dieser Frage, die in vielen Städten als problematisch anzusehen ist, zu referieren und zur Aussprache zur Verfügung zu stehen.

Tagesordnung
der Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW
am 01. September 2007 in Aachen

TOP 4: Initiative „Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten“

Bereits mehrfach, zuletzt im Juni 2007 in Siegen, hat sich der Hauptausschuss mit einer Initiative zum Thema „Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten“ befasst und dabei einen Aufruftext verabschiedet.

Die LAGA hat am 13.04.2007 alle Vorsitzenden mit der Bitte angeschrieben, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen und Beschlüsse herbeizuführen, mit denen die Räte gebeten werden, sich mit der Frage auseinander zu setzen und sich mit einem positiven Votum an das Land zu wenden.

Die aktuelle Liste einer Umfrage unter den Städten ist beigefügt. Daraus ergibt sich, dass das Thema in vielen Gremien auf der Tagesordnung steht, in zahlreichen Kommunen aber leider bis heute noch nichts geschehen ist.

Sofern es Änderungen an dieser Liste gibt, wird um Mitteilung gebeten.

Mitte September soll gemeinsam mit mehreren Partnern die Kampagne offiziell gestartet werden, der Vorsitzende wird mündlich berichten. Es muss jetzt darum gehen, dass diese Aktion breite Unterstützung findet.

Umfrage „Kommunales Wahlrecht“
Stand: 25.07.2007

Fragestellung:

1. In welchem Gremium ist das Thema kommunales Wahlrecht bereits eingebracht worden? Wie ist das Ergebnis der Beratung im Gremium?
2. Ist das Thema auch in den Rat eingebracht worden? Wenn ja, zu welchem Beschluss hat die Beratung im Rat geführt?

Bisher liegen **39** Antworten vor:

Bisher keine Befassung mit dem Thema:

• Bottrop
• Dormagen
• Gelsenkirchen
• Gütersloh
• Hagen
• Hattingen
• Herne
• Kreuztal
• Lünen
• Minden
• Neuss
• Schwerte
• Werl

Auf der Tagesordnung des Gremiums:

• Aachen
• Burscheid
• Düren
• Eschweiler
• Essen
• Leverkusen
• Marl
• Mettmann
• Sankt Augustin
• Unna
• Wesel
• Wesseling
• Wetter

Im Gremium beschlossen:

• Bünde
• Dortmund
• Iserlohn
• Kamen
• Köln
• Mülheim an der Ruhr
• Paderborn

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Stolberg |
| <ul style="list-style-type: none">• Würselen |

Im Gremium beschlossen, aus rechtlichen Gründen nicht in die Tagesordnung des Rates aufgenommen.

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none">• Troisdorf |
|---|

Im Gremium beschlossen, im Rat abgelehnt:

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none">• Mönchengladbach |
|---|

Im Gremium beschlossen und Ratsbeschluss:

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Bonn |
| <ul style="list-style-type: none">• Solingen |

Die Antworten im Einzelnen:

Leverkusen:

In Leverkusen ist das Thema für die erste Sitzung des Integrationsrates nach den Sommerferien (04.09.2007) vorgesehen.

Wesel:

Wesel wird das Thema kommunales Wahlrecht in seiner übernächsten Sitzung am 6. November 07 auf die Tagesordnung setzen

Essen:

Das Thema wurde am 08.05.2007 beraten, es wurde kein Beschluss gefasst. Das Thema wird aber bei der nächsten oder aber spätestens bei der übernächsten Sitzung abschließend beraten und mit einem Votum (Beschluss) enden.

Burscheid:

Der Integrationsrat der Stadt Burscheid behandelt das Thema in seiner Sitzung am 14. Mai 2007. Lt. Beschlussvorschlag soll das Thema dann in die nächste Ratssitzung eingebracht werden.

Hagen:

In Hagen ist bis jetzt nichts passiert. Allerdings hat der Rat der Stadt in den 80er Jahren auf Empfehlung des damaligen Ausländerbeirates die Landesregierung aufgefordert, sich für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen.

Troisdorf:

Am 10.05.2007 hat der Ausländerbeirat der Stadt Troisdorf den Appell beraten und einstimmig eine entsprechende Empfehlung an den Rat der Stadt beschlossen.

Bünde:

In der Stadt Bünde wird das Thema in der nächsten Ausländerbeiratssitzung am 20.06.2007 behandelt.

Mönchengladbach:

Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 27.04.06 den Rat der Stadt Mönchengladbach gebeten, die Landtagsfraktionen mit dem entsprechenden Appell aufzufordern sich auf Bundesebene für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen. Dieser Empfehlung ist der Rat der Stadt Mönchengladbach nicht gefolgt (mit Stimmenmehrheit abgelehnt am 19.06.06).

Hattingen:

Bisher Fehlanzeige

Bonn:

In Bonn hat sich der Integrationsrat am 20.01.2005 und der Rat am 17.03.2005 mit dem o.g. Thema befasst und dabei eine Resolution zum kommunalen Wahlrecht für Zuwanderer außerhalb der EU beschlossen. Den Wortlaut können Sie dem Bonner Ratsinformationssystem http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/04/0412608NV2.htm entnehmen.

Lünen:

Bisher Fehlanzeige

Köln:

In Köln ist das Thema Gegenstand der Beratung in der Sitzung des Integrationsrates gewesen.

Der gefasste Beschluss, der mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen angenommen wurde, lautet: "Der Integrationsrat der Stadt Köln fordert das aktive und passive kommunale Wahlrecht für alle Migranten und Migrantinnen, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Dieser Beschluss wird auch in den Rat eingebracht. Er ist noch nicht behandelt worden.

Düren:

Das Thema kommunales Wahlrecht wurde in einem Antrag formuliert und wird in der nächsten Sitzung des Integrationsausschusses am 30.Mai 2007 diskutiert.

Gelsenkirchen:

Das Thema ist in Gelsenkirchen seit einigen Jahren überhaupt nicht thematisiert worden. Z. Z. gibt es dafür auch keine Anzeichen.

Paderborn:

Das Thema wurde im Migrationsbeirat am 16.05.2007 behandelt.
Abstimmungsergebnis: Appell der LAGA wird unterstützt.

zu 2: Nein, keine Behandlung im Rat.

Iserlohn:

Zu 1: Ja, mit folgendem Beschluss:

"Der Integrationsrat der Stadt Iserlohn beschließt mit dem als Anlage beigefügten Appell, sich für das kommunale Wahlrecht für alle Einwohner und Menschen mit Migrationshintergrund einzusetzen.

Der Integrationsrat bittet den Rat der Stadt Iserlohn, sich bei der Landesregierung und den Landtagsfraktionen mit dem beigefügten Appell für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik lebenden Einwohner und Menschen mit Migrationshintergrund einzusetzen."

Zu 2:

Das Thema wird am 12. Juni 2007 in den Rat eingebracht.

Solingen:

In Solingen wurde das Thema Kommunales Wahlrecht im ZUWI eingebracht.

Der Zuwanderer- und Integrationsrat fasste am 11.09.2006 folgenden Beschluss:

Der Zuwanderer- und Integrationsrat beschließt, den Rat der Stadt Solingen zu bitten, die Landesregierung und die Landtagsfraktionen mit dem beigefügtem Appell aufzufordern, sich auf Bundesebene für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle seit mindestens 5 Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik lebenden Migrantinnen und Migranten einzusetzen.

Begründung: Verbesserung der politischen Partizipation und damit aktive Gestaltung des Lebensumfeldes durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle seit 5 Jahren rechtmäßig lebenden Migrantinnen und Migranten.

Herr Passmann begründete den Antrag, der bereits in der letzten Legislaturperiode auf der Tagesordnung stand. Er verwies insbesondere auf die bestehende Ungerechtigkeit, wonach EU-Bürger seit 1995 wählen dürfen, für etliche Staaten die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit bestehe, jedoch Menschen aus Staaten außerhalb der EU, wie z. B. der Türkei auch nach 30 Jahren Aufenthalt in Deutschland nicht wählen dürften, wenn sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besäßen. Herr Passmann sprach sich dafür aus, einen Appell an den Rat zu richten, damit dieser an Land und Bund appelliere, allen Ausländern die seit 5 Jahren hier leben, das kommunale Wahlrecht zu ermöglichen.

In der 15. Sitzung des Rates am 02.11.2006 wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Rat der Stadt Solingen beschliesst mehrheitlich - bei 30 Gegenstimmen (CDU- und FBU-Fraktion sowie OB Haug) -, die Landesregierung und die Landtagsfraktionen mit dem nachstehenden Appell aufzufordern, sich auf Bundesebene für die Einführung eines kommunalen Wahlrechtes für alle seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik lebenden Migrantinnen und Migranten einzusetzen:

Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten - jetzt!

Politische Gleichberechtigung muss am Anfang jeder gelungenen Integration stehen!

Nur wer die Möglichkeit hat, sich durch die Wahl seiner Vertreterinnen und Vertreter an der Politik vor Ort zu beteiligen, wird

ernst genommen. Diese Menschen sind dann nicht mehr Objekte des politischen Handelns, sondern gestalten das Leben in ihrem Umfeld aktiv mit.

Nicht jede Migrantin und jeder Migrant, die/der schon seit vielen Jahren in Deutschland lebt, kann oder will aber die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen oder kann dies nur unter erschwerten Bedingungen tun.

Deshalb fordern wir das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten, die seit mindestens 5 Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1990 entschieden, dass ein kommunales Wahlrecht auch für Migrantinnen und Migranten nach einer Änderung des Grundgesetzes möglich ist.

Der Europarat mit seinen 43 Mitgliedsländern fordert seit Jahren, allen Ausländern mit legalem Aufenthaltsrecht, unabhängig von der Nationalität das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene zuzusprechen.

Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau hat bereits im Jahr 2003 u.a. gesagt:

"Es ist falsch, dass wir ein kommunales Wahlrecht haben, das die Mehrheit der bei uns lebenden Ausländer ausschließt, nämlich die türkischen Mitbürger, die nicht mitwählen dürfen, weil und so lange die Türkei nicht zur Europäischen Union gehört. Ich glaube, dass man Wege finden müsste, damit auf der kommunalen Ebene alle dauerhaft hier lebenden Ausländer das Wahlrecht haben - das kommunale Wahlrecht..."

Das kommunale Wahlrecht für alle lange hier lebenden Migrantinnen und Migranten ist jetzt durch den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene wieder in das

Bewusstsein der Politik gerückt worden. Es muss jetzt darum gehen, den Prüfauftrag aus dem Koalitionsvertrag in eine offensive Politik umzuwandeln, NRW sollte dabei an der Spitze stehen. In der Integrationsoffensive NRW hat sich im Jahr 2001 die Mehrheit der im Landtag vertretenen Parteien für das kommunale Wahlrecht ausgesprochen.

Eine demokratische Bürgergesellschaft kann es sich auf Dauer nicht leisten, einen großen Teil ihrer Mitglieder von den elementarsten Mitwirkungsrechten auszuschließen.

Deshalb:

Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten - jetzt!

Bottrop:

Der Integrationsrat der Stadt Bottrop hat das Thema nicht behandelt.

- Keine Behandlung im Rat.

Mettmann:

Die Stadt Mettmann befasst sich im Integrationsrat jetzt aktuell mit dem Thema "Kommunales Wahlrecht".

Neuss:

In Neuss wurde das Thema im Integrationsrat nicht eingebracht.

Gütersloh:

Bisher keine Behandlung des Themas

Schwerte:

In Schwerte hat sich der Ausländerbeirat mit diesem Thema noch nicht beschäftigt.

Marl:

In der Angelegenheit "Kommunales Wahlrecht" hat der Integrationsrat der Stadt Marl beschlossen, auf der nächsten Sitzung des Integrationsrates am 06.09.07 eine Stellungnahme dazu abzugeben und ggfls. dem Rat der Stadt Marl vorzulegen.

Dormagen:

Das Thema wird in den nächsten Monaten aufgegriffen.

Wesseling:

Der Ausländerbeirat der Stadt Wesseling behandelt das Thema "Kommunales Wahlrecht" sowie das Thema "Änderung des §27 der Gemeindeordnung" in seiner nächste Sitzung.

Minden:

Bisher keine Behandlung des Themas

Eschweiler:

Im IR am 01.02.2007 durch Tayfun Keltok inhaltlich in die Diskussion eingebracht, zunächst Signale aller Parteien für eine Resolution (pro!) für den Rat angedacht, jedoch in der IR Sitzung vom 26.04. keine Mehrheit für eine Resolution in der CDU-Ratsfraktion, SPD und Grüne beschäftigen sich zur Zeit inhaltlich (pro!) mit der Angelegenheit, in der lokalen Presse

gab es zwei Berichte durch den Integrationsratsvorsitzenden und durch seinen stellv. initiiert (pro!), daraufhin begann eine öffentliche Diskussion in Form von Leserbriefen (pro u. contra).

Sankt Augustin:

Eine Erörterung soll in der Sitzung des Ausländerbeirates am 29.08.07 erfolgen.

Herne:

Der Integrationsrat der Stadt Herne hat sich noch nicht mit dem Thema "Kommunales Wahlrecht" beschäftigt.

Kreuztal:

Im Ausländerbeirat der Stadt Kreuztal wurde sich noch nicht mit dem Thema Kommunales Wahlrecht befasst.

Dortmund:

Das Thema kommunales Wahlrecht ist bereits am 06.06.06 in der TO des Ausländerbeirates als Antrag eingebracht worden und einstimmig beschlossen worden.
Der Antrag wurde an den Rat weitergeleitet, eine Entscheidung blieb bis heute aus.

Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)

Tagesordnung

der Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW

am 01.09.2007 in Aachen

TOP 5: Benennung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Vorstandswahlen.

Bei der Mitgliederversammlung am 17.11.2007 in Bielefeld werden u.a. die Neuwahlen des Vorstandes und der Kontrollkommission durchgeführt.

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der LAGA NRW gehört zu den Aufgaben des Hauptausschusses die Benennung von Kandidaten/Kandidatinnen für die Vorstandswahlen.

Besonders wird auf die Regelungen zur Kandidatur und zum Wahlverfahren hingewiesen, §8 der Satzung ist daher dem Einladungsschreiben beigelegt.

Die Personen, die sich bei der Mitgliederversammlung auf eine Empfehlung des Hauptausschusses berufen möchten, müssen die Kandidatur schon für die HA-Sitzung am **01.09.2007** bekannt geben. Die Benennung durch den HA hat lediglich empfehlenden Charakter, gleichwohl dürfte es von Vorteil sein, sich bei der Mitgliederversammlung auf das Votum des Hauptausschusses berufen zu können. Der Vorstand wird eine Zusammenstellung aller bis zum **30.08.2007** ihm vorliegenden Kandidaturen als Tischvorlage verteilen.

Schriftliche Kandidaturen können auch nach der Hauptausschusssitzung noch bei der Geschäftsstelle eingereicht werden, letztes Eingangsdatum ist der **27.10.2007**.

§ 8 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus 17 Personen:
 - der/dem Vorsitzenden,
 - drei stellvertretenden Vorsitzenden,
 - dem/der Kassierer/in
 - dem/der Schriftführer/in
 - elf Beisitzern/Beisitzerinnen.
2. Die Vorstandsmitglieder werden aus den Reihen der Delegierten nach § 6 Abs. 1 und 3 sowie den von den Mitgliedern nach § 7 Abs.1 in den Hauptausschuss entsandten Personen gewählt, sollen kommunalen Migrantenvvertretungen aus großen und kleinen Städten angehören und mindestens vier unterschiedliche Abstammungsländer repräsentieren.

Der/die Vorsitzende, der/die Kassierer/in und der/die Schriftführer/in werden in getrennten Wahlgängen, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Beisitzer/innen in einem einheitlichen Wahlgang gewählt.
3. Die drei stellvertretenden Vorsitzenden müssen, sofern entsprechende Kandidaturen vorliegen, unterschiedliche Abstammungsländer repräsentieren. Bei mehreren Kandidaten/Kandidatinnen aus einem Abstammungsland ist ggfs. der Bewerber/die Bewerberin mit der höheren Stimmenzahl gewählt.
4. Aus jeder kommunalen Migrantenvvertretung kann nur ein/e Delegierte/r Mitglied im Vorstand werden. Treten mehrere Bewerber/innen aus der gleichen kommunalen Migrantenvvertretung zur Wahl an und wären diese von der Stimmenzahl her gewählt, ist nur der/die Bewerber/in mit der höheren Stimmenzahl gewählt. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt in der in § 8 Abs. 1 festgelegten Reihenfolge. Kandidaturen aus kommunalen Migrantenvvertretungen, für die bereits in einem vorhergehenden Wahlgang ein/e Vertreter/in in den Vorstand gewählt wurde, sind nicht zulässig.
5. Kandidaturen müssen bis spätestens drei Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich bei der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft eingereicht werden. Sofern mehrere Kandidaturen aus einer kommunalen Migrantenvvertretung vorliegen, teilt der Vorstand dies den betreffenden Kandidatinnen und Kandidaten unverzüglich nach Ablauf der Bewerbungsfrist mit, damit diese bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung die Möglichkeit haben, Ihre Kandidatur zurückzuziehen oder für eine andere Funktion im Vorstand zu kandidieren.
6. In einem vorhergehenden Wahlgang unterlegene Bewerber/innen haben die Möglichkeit für eine andere Funktion zu kandidieren, sofern sie ansonsten die Voraussetzungen des Abs. 4 erfüllen.
7. Der Vorschlag des Hauptausschusses zur Wahl des Vorstandes gemäß § 7 Abs. 4 sowie eventuelle weitere Kandidaturen werden den Delegierten spätestens zu Beginn der Mitgliederversammlung schriftlich mitgeteilt.
8. Das Nähere zum Wahlverfahren regelt die von der Mitgliederversammlung am 25.10.1997 beschlossene Wahlordnung.
9. Der/die Geschäftsführer/in des „Förderverein der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvvertretungen Nordrhein-Westfalen(LAGA NRW) e. V.“ gehört dem Vorstand als Geschäftsführer/in der Landesarbeitsgemeinschaft mit beratender Stimme an, es sei denn, die Beratungsgegenstände betreffen ihn/sie persönlich.
10. Die Wahlzeit des Vorstandes beträgt grundsätzlich zweieinhalb Jahre. Die Mitgliederversammlung kann aus grundsätzlichen Erwägungen mit satzungsändernder Mehrheit beschließen, die Wahlzeit um bis zu ein Jahr zu verlängern. Der Vorstand bleibt im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.



Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)

Tagesordnung

der Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW

am 1. September 2007 in Aachen

TOP 6: Berichte der Fachausschüsse und Arbeitskreise

Innerhalb der LAGA NRW bestehen zurzeit die folgenden Fachausschüsse:

- Fachausschuss Schule, Bildung und Jugend
– Leitung Tayfun Keltek
- Fachausschuss Seminare und Fortbildung
– Leitung Engin Sakal
- Fachausschuss Recht
– Leitung Ercan Atay
- Fachausschuss Öffentlichkeitsarbeit
– Leitung Tayfun Keltek

Die Fachausschussleiter werden über die Arbeit berichten.

Die Mitglieder des Hauptausschusses sind herzlich zur Mitarbeit in diesen Ausschüssen eingeladen.

Außerdem hat inzwischen der Arbeitskreis „Senioren“ unter Leitung von Joannis Vatalis seine Arbeit fortgesetzt. Auch er wird berichten.

Tagesordnung

der Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW

am 1. September 2007 in Aachen

TOP 7: Mitteilungen des Vorstandes und der Geschäftsstelle

7.1 Änderung § 27 GO

Mit Brief vom 14.06.2007 hat der Vorsitzende alle Mitglieder noch einmal gebeten, darauf hin zu wirken, dass in möglichst vielen Städten Ratsbeschlüsse verabschiedet werden, die eine Änderung des § 27 GO fordern. Der Brief ist beigefügt.

7.2 Änderung des Landesmediengesetzes

Der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Marc Jan Eumann hat mit dem beigefügten Brief noch einmal auf die Folgen der Änderungen des Landesmediengesetzes hingewiesen.

7.3 Artikel in „Forum- Das Magazin der Bertelsmannstiftung“

In der oben genannten Veröffentlichung ist ein Interview mit Tayfun Kelttek über das Thema „Integration vor Ort“ erschienen.

An die Vorsitzenden
der Mitgliedsghremien
der LAGA NRW

Helmholtzstr. 28 · 40215 Düsseldorf
Tel: 0211-99 41 60 · Fax: 0211-99 41 615
info@laga-nrw.de · www.laga-nrw.de

Auskunft erteilt:

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum

14.06.2007

Änderung des § 27 Gemeindeordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

mit Schreiben vom 13.04. 2007 hatte ich Sie unter anderem über den Stand der Überlegungen zur Änderung der Gemeindeordnung NRW, und hier speziell der Vorschriften des § 27, informiert.

Bei der Hauptausschusssitzung am 02. Juni in Siegen hat die LAGA die Ergebnisse der Befragung von zehn Vorsitzenden von Integrationsräten vorgestellt, die auf Grundlage des Ihnen bekannten Musters für einen Bericht durchgeführt wurde. Wichtig ist vor allem festzuhalten, dass niemand von den Befragten zurück möchte zum „alten Ausländerbeirat“ und dass überall die enge Zusammenarbeit zwischen gewählten Migrantenvertretern und Ratsmitgliedern als Gewinn gesehen wird, die auf der Zusammensetzung mit 2/3 gewählten Migrantenvertretern und 1/3 Ratsmitgliedern basiert.

Gerne sind Vorstand und Geschäftsstelle bereit, auch Ihnen die Ergebnisse der Befragung vor Ort vorzustellen. Rufen Sie uns an und vereinbaren Sie einen Termin!

Die Diskussion mit den Vertretern der Landtagsfraktionen in der Sitzung des Hauptausschusses hat ergeben, dass diese sich noch kein abschließendes Bild gemacht haben, aber auch sie nicht den „alten Ausländerbeirat“ wieder aufleben lassen möchten.

Deshalb wäre es sehr wichtig, wenn aus vielen Städten Ratsbeschlüsse an den Landtag und die Landesregierung gerichtet würden, die die Forderung nach Änderung des § 27 GO in unserem gemeinsamen Sinne zum Inhalt haben. Sofern ein Ratsbeschluss zeitnah nicht möglich ist, könnte auch ein Beschluss des Gremiums sinnvoll sein. Auch sie als Vorsitzende/r können direkt an Landtag und Landesregierung schreiben.

Ein Musterantrag, der allerdings noch an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden muss, ist beigefügt.

Ich möchte Sie darüber hinaus noch einmal bitten, dafür zu sorgen, dass der Geschäftsstelle der LAGA NRW ein Exemplar des Berichtes, der ja bis Ende Mai an den Innenminister geschickt werden sollte, übersandt wird, damit wir bei den weiteren Gesprächen mit dem Ministerium und den kommunalen Spitzenverbänden diese Berichte kennen.

Abschließend möchte ich schon jetzt auf die Hauptausschusssitzung am 1. September 2007, 14.00 Uhr in Aachen hinweisen, bei der Schulstaatssekretär Winands zum Thema „Zukunft des muttersprachlichen Unterrichts“ Stellung nehmen wird. Darüber hinaus wird der Hauptausschuss über seine Vorschläge für die Neuwahl des Vorstandes beraten.

Ebenfalls hinweisen möchte ich auf die Festveranstaltung zum 10jährigen Bestehen der LAGA NRW am 06. September 2007, die nach der Absage im November 2006 nunmehr im Landtag nachgeholt wird. Bitte notieren Sie diesen Termin schon jetzt, die Einladung werden Sie noch rechtzeitig erhalten.

Ich wünsche Ihnen allen erholsame Wochen ohne den Stress von Sitzungen und Veranstaltungen, und, sofern sie jetzt in den verdienten Urlaub fahren, schöne Ferien.

In der Hoffnung auf weiterhin gute Zusammenarbeit verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



Tayfun Keltok
(Vorsitzender)

Anlage



SPD-Fraktion Nordrhein-Westfalen · 40221 Düsseldorf

An die
Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen
Herrn Tayfun Kelttek
Herrn Engin Sakal
Helmholtzstr. 28
40215 Düsseldorf

Düsseldorf, 25. Mai 2007

Änderung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Kelttek,
sehr geehrter Herr Sakal,

In der heutigen Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalens hat sich die Mehrheit von CDU und FDP für die Novelle des Landesmediengesetzes ausgesprochen. Damit werden nicht nur die wichtigen medienpolitischen Instrumente des Medienrates und der Medienversammlung abgeschafft sondern darüber hinaus die Möglichkeiten des Bürgerfunks deutlich reduziert. Die Kürzung und die Verlagerung der Sendezeiten werden, so ist es zu befürchten, dazu führen, dass der Bürgerfunk eine deutlich geringere Resonanz in Nordrhein-Westfalen haben wird.

Die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen hat während des gesamten Verfahrens darauf hingewiesen, dass mit dem Gesetzesentwurf von CDU und FDP insbesondere den Integrationsbemühungen im Rahmen des Bürgerfunks ein Bärendienst erwiesen wird. Wir halten es weiterhin für notwendig, dass zur Förderung der Integration auch fremdsprachliche Angebote ihren Platz im Bürgerfunk finden müssen. Die Änderung des § 73, der vorsieht, dass die Beiträge zukünftig in deutscher Sprache zu gestalten sind, wird diesem integrationspolitischen Auftrag entgegen stehen.

Damit geht uns eines der wichtigsten Instrumente für bürgerschaftliche Mitwirkung und mediale Partizipation verloren. Die Bürgerfunkstudios und -werkstätten werden ihrer Funktion als Medienkompetenzzentren beraubt werden. Das Engagement vieler Bürgergruppen wird von der CDU-geführten Landesregierung abgestraft. Wir halten das für einen medienpolitischen Tott.

Die SPD-Fraktion hat in dem Verfahren zu der Gesetzesänderung betont, dass Maßnahmen zur Qualitätssicherung des Bürgerfunks notwendig sind. Auf Basis der sog. Volpers-Studie sollten der Landesanstalt für Medien notwendige Instrumente zur Qualitätssicherung an die Hand gegeben werden. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben darauf verzichtet, dem Bürgerfunk eine für Veranstalter sowie Zuhörerinnen und Zuhörer attraktive Perspektive zu geben. Wir bedauern dies und werden dafür kämpfen, dass die Mehrheitsverhältnisse im kommenden Landtag Nordrhein-Westfalens eine Stärkung des Bürgerfunks wieder ermöglichen.

Mit besten Grüßen

W. Horstmann

Tayfun Keltek, Integrationsrat Köln

„ICH BIN EIN KÖLNER“



Integration ist eine der wichtigsten Herausforderungen für Kommunen. Es ist längst kein „Minderheitenthema“ mehr, denn bereits heute hat jedes dritte Grundschulkind einen Migrationshintergrund. Bei sinkenden Bevölkerungszahlen, drohendem Fachkräftemangel und steigendem Altersschnitt sind die Städte und Kreise sogar auf Zuwanderer und ihre Nachkommen angewiesen. Doch ob das Zusammenleben der Menschen verschiedener Herkunft gelingt oder nicht, dass zeigt sich am Ort. Über die Möglichkeiten und Konzepte, die es dafür gibt, sprachen wir mit Tayfun Keltek. Er ist Vorsitzender der LAGA NRW (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW) und des Integrationsrates in Köln.



Die mit dem Grimme-Preis ausgezeichnete ARD-Vorabendserie „Türkisch für Anfänger“ raumt mit allerlei interkulturellen Missverständnissen auf – und zeugt dabei aufs Unterhaltsamste von deutsch-türkischer Fernsehnormalität.

Kompetenzzentrum Demokratie und Integration

Unsere demokratische Kultur befindet sich in der Krise: Fremdenfeindliche Einstellungen sind weit verbreitet, es gibt Defizite bei der Integration, und die Skepsis gegenüber der Politik wächst. Dabei ist Partizipation der Schlüssel zur Integration in die demokratische Gesellschaft. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands im globalen Wettbewerb hängt davon ab, dass es sich nach außen öffnet, mit Vielfalt umgehen lernt und nach innen den demokratischen Wertekonsens festigt. Die Bertelsmann Stiftung stellt sich diesen Herausforderungen mit dem Kompetenzzentrum Demokratie und Integration. ■

Was kann eine Kommune tun, um die Integration von Zuwanderern zu verbessern?

Politische Partizipation ist der wichtigste Schritt, um die Integration voranzubringen. Hierzu sind Strukturen nötig, wie beispielsweise Integrations- und Migrationsräte, oder auch das kommunale Wahlrecht. Die Erwartungen, die an die Migranten gestellt werden, sind oft überzogen und haben nichts mit der Lebensrealität zu tun. Auch deshalb sind Partizipation und Dialog wichtig, damit Alltag und Sichtweise der Migranten in die Planungen von Integrationsmaßnahmen Eingang finden.

In Köln haben bereits rund 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund. Welche Risiken und Chancen bringt das mit sich?

Ein Risiko besteht darin, diesen großen Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht als Reichtum, sondern als Schwäche zu betrachten. Häufig bringen Jugendliche mit Migrationshintergrund zahlreiche sprachliche und interkulturelle Kompetenzen mit. Diese Vielfalt gilt es zu fördern, die Chancen, die darin liegen, zu nutzen. Wenn man diese nicht wahrnimmt, bleiben die Stärken ausgeblendet. Die Kinder und Jugendlichen fühlen sich dann nicht verstanden, nicht ernst genommen, nicht akzeptiert.

Welche strategischen Ansätze sehen Sie, in Köln den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verbessern?

Erstens: Misserfolge oder Erfolge der Integrationspolitik hängen von Bildung und frühkindlicher Förderung ab. Diese muss bereits im Kindergarten beginnen: Dort sollten die Kinder angenommen werden, wie sie sind, und auch ihre Zweisprachigkeit gefördert



Kontakt:

Ulf Griebel

0221 483-41000

ulf.griebel@koe-integration.de

werden. Feuerwehrmaßnahmen dagegen, beispielsweise zu versuchen, Jugendliche ohne oder mit schlechtem Schulabschluss in eine Ausbildung zu vermitteln, setzen zu spät ein. Das mehrgliedrige Schulsystem stellt – auch wenn dies nicht in die Kompetenz der Kommunen fällt – ein großes Problem dar. Eine Kommune darf nicht zulassen, dass sich Jugendliche mit Migrationshintergrund in Hauptschulen konzentrieren. Dagegen wären interkulturelle Grundschulen – wie dies auch von der EU gefordert wurde – in Köln von Vorteil.

Zweitens: Um die Arbeitslosigkeit von Migranten abzubauen, sollte die Stadt Köln als einer der größten Arbeitgeber ihre Verantwortung wahrnehmen und ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Das bedeutet, Ausbildungsplätze und Jobs für Jugendliche in der Kommunalverwaltung anzubieten und die interkulturelle Öffnung dort voranzutreiben.

Drittens: In Köln müssen wir erreichen, dass die Migranten sich heimisch fühlen, dass sie Teil der Stadt werden. Sie dürfen nicht den Eindruck haben, dass sie nicht willkommen sind. Daher habe ich im Kölner Integrationsrat vorgeschlagen, dass die Stadt

Köln eine Kampagne „Ich bin ein Kölner!“ durchführt. Übrigens sollten Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund auch in Schulen nicht anders als die anderen behandelt werden.

Sie halten es für wichtig, unsere Aufnahmegesellschaft im Integrationsprozess „mitzunehmen“. Wie stellen Sie sich das konkret vor?

Oft können Migranten sich um Integration bemühen bis hin zur totalen Anpassung und werden dennoch nicht akzeptiert. Integrationsbestrebungen werden nur dann zum Erfolg führen, wenn die Mehrheitsgesellschaft bereit ist, Migranten wirklich in die Gesellschaft aufzunehmen. Es fehlen Signale, dass Zuwanderer und ihre Nachkommen wirklich willkommen sind. Solche Signale könnten beispielsweise die doppelte Staatsbürgerschaft, kommunales Wahlrecht oder auch deutsch-türkische Schulklassen sein.

Wie man die Aufnahmegesellschaft von der Notwendigkeit der Bereitschaft zur Integration überzeugen kann? Wenn es um das Bild von Migranten in der Gesellschaft geht, tragen die Medien große Verantwortung. Derzeit bringen Presse und

fernsehen Tugenden und Mängel

von und durch Migranten vor.

Das verdeutlichen Sie mit:

Prof. Dr. Dr. h.c. h. c.
Ulrich/Greif

Rundfunk oft selektive Inhalte und berichten über Migranten zum Beispiel im Zusammenhang mit „Ehrenmorden“, „Zwangsheirat“ und islamistischen Terroristen. Migranten spielen nur selten eine positive Rolle in den Medien.

Welche Aufgaben können die Migranten selbst bzw. ihre Organisationen und die Integrationsräte und Ausländerbeiräte übernehmen?

Ich erwarte von den Migranten, dass sie sich aktiv beteiligen! Es geht schließlich um sie, um ihre Möglichkeiten in dieser Gesellschaft. Die Migranten-Selbstorganisationen sollten aufhören, sich primär mit ihren Heimatländern auseinanderzusetzen. Denn sie leben hier, hier ist ihre Zukunft. Vor allem für die Kinder und Jugendlichen gilt das.

Die Migrations- und Integrationsräte wiederum sollten die Partizipationsangebote nutzen, die es bereits gibt. Noch werden diese Möglichkeiten nicht immer ausgeschöpft. Und umgekehrt nutzen die Kommunen die gewählten Migrationsräte als legitimierte Vertretung der Menschen mit Migrationshintergrund nicht ausreichend. So ist es beispielsweise zu wenig, nur auf Moscheevereine zu setzen; die ganze Breite an Migrantenorganisationen sollte einbezogen werden. ■

Studie: Bildungs- und jugendpolitische Handlungsansätze in Kommunen

Mit welchen Strategien können Städte, Kreise und Gemeinden die Integration von Zuwanderern verbessern? Im Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“ von Bertelsmann Stiftung und Bundesministerium des Innern (BMI) wurden die besten Strategien von Kommunen aus-



zeichnet. Die Ergebnisse hat Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal, ausgewertet und um neue Entwicklungen ergänzt. Die Projektideen reichen von Sprachförderung, Gesundheitserziehung, Freizeitangeboten, Partizipation, Übergang Schule/Beruf bis hin zur Familienarbeit.

>>> www.erfolgreiche-integration.de



Ulrich/Greif

Prof. Dr. Dr. h.c. h. c.

Ulrich/Greif



Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)

Tagesordnung

der Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW

am 1. September 2007 in Aachen

TOP 8: Anträge

Bisher liegen keine Anträge vor.

Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)

Tagesordnung

der Sitzung des Hauptausschusses der LAGA NRW

am 1. September 2007 in Aachen

TOP 9: Berichte aus den Mitgliedsgremien

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes erhalten die Mitglieder die Möglichkeit, kurz über örtlich interessante Aspekte ihrer Arbeit zu berichten.

Nach Möglichkeit sollen die Berichte vorher schriftlich an die Geschäftsstelle gesandt werden.



Die Präsidentin
des Landtags Nordrhein-Westfalen



Einladung zur Jubiläumsveranstaltung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Oktober 1996 wurde die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA NRW) gegründet. Die aus diesem Anlass ursprünglich für den 7. November 2006 vorgesehene Jubiläumsveranstaltung musste leider abgesagt werden, da die Festredner kurzfristig verhindert waren.

Wir möchten die Feierstunde nun nachholen und laden Sie sehr herzlich ein,

**am Donnerstag, 6. September 2007,
im Landtag Nordrhein-Westfalen.**

Die Beteiligung der Migrantinnen und Migranten an der Politik hat in Nordrhein-Westfalen eine lange Tradition und geht auf die Pionierarbeit vieler politisch Aktiver zurück. Seit ihrer Gründung setzt sich die LAGA NRW für die Interessen der Migrantinnen und Migranten und deren Berücksichtigung in der Politik des Landes kompetent ein. Das möchten wir mit Ihnen feiern.

Das Programm:

**17.00 Uhr Feierstunde im Plenarsaal
18.30 Uhr Empfang in der Wandelhalle**

Wir freuen uns, Sie im Landtag begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Regina van Dinther
Präsidentin des Landtags NRW

Tayfun Keltok
Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft
der kommunalen Migrantenvertretungen NRW

per E-Mail: info@laga-nrw.de
per Telefax: 0211 / 9941615



An die
Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen NRW
Helmholzstr. 28
40215 Düsseldorf

**Jubiläumsfeier
der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW
am Donnerstag, 6. September 2007, Landtag NRW**

- Ich nehme teil.
- Ich kann leider nicht teilnehmen.

Bitte antworten Sie bis zum **29. August 2007**.
Keine Antwort gilt als Absage.
Die Einladung gilt nach Anmeldung als Zutrittsberechtigung.
Parkplätze stehen in begrenztem Umfang in der Tiefgarage des Landtags zur Verfügung.

Absender:

Datum

Unterschrift